

Protokollauszug

aus der
39. öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Ausschusses für Gesundheit,
Soziales und Inklusion
vom 24.04.2018

öffentlich

**Top 6.2 Wohnungsbauentwicklungskonzept 2035
18/SVV/0181
abgelehnt**

Herr Jekel (FB Soziales und Gesundheit) weist darauf hin, dass die Federführung für den vorliegenden Antrag beim Geschäftsbereich Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr liegt. Da zeitgleich der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr tagt und sich mit der Drucksache befasst, wird er die Meinung der Verwaltung vertreten.

Herr Jekel verweist auf die Fortschreibung des Integrierten Stadtentwicklungskonzeptes (INSEK) für die Landeshauptstadt Potsdam, in das die vorhandenen sektoralen Konzepte einbezogen werden sollen. Geplant ist die Fertigstellung für Mitte 2019. Parallel dazu erfolgt Mitte 2019 die Aktualisierung der Wohnungsbaupotenziale, deren aktueller Stand unter der DS 17/SVV/0878 der Stadtverordnetenversammlung zur Kenntnis gegeben wurde.

Frau Krause fragt, ob sich der vorliegende Antrag mit der Fortschreibung des INSEK erledigt hätte.

Dies wird durch Herrn Jekel bestätigt.

Frau Eisenblätter stellt den vorliegenden Antrag zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Gesundheit, Soziales und Inklusion empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, ausgehend vom Wohnungspolitischen Konzept und dessen Fortschreibung mit DS 17/SVV/0878 ein Stadtentwicklungskonzept „Wohnungsbau 2035“ zu entwickeln. Ziel ist es, die für die prognostizierten 220.000 Einwohner im Jahre 2035 die erforderlichen Wohnungsbauflächen zu identifizieren und deren Eignung für die weitere Wohnbebauung zu prüfen. Dabei ist auch zu prüfen, wie der festgelegte 20 prozentige Anteil der Pro Potsdam am Wohnungsbestand erreicht und gesichert werden kann.

Zu berücksichtigen und zu prüfen sind:

- die notwendigen Flächen für die benötigte soziale Infrastruktur für pflichtige und freiwillige Einrichtungen in den neuen Wohngebieten,
- ausreichende Sportflächen,
- ausreichende Flächen für Handel und Gewerbe,
- die Möglichkeiten und Grenzen des ÖPNV, der Straßen, Radwege, sowie ausreichende Stellplätze für Fahrzeuge jeder Art,
- die Sicherung der identifizierten Flächen für den Wohnungsbau bzw. die als notwendig erachtete soziale Infrastruktur,
- die Belange des Weltkulturerbes und des Naturschutzes.
- Wohnungsentwicklung unter demographischen und familienpolitischen Entwicklungen

Das Konzept ist abschließend bis Ende 2019 zu entwickeln. Zwischenberichte sollen alle sechs Monate im Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen gegeben werden.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	1
Ablehnung:	2
Stimmenthaltung:	4